

Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025

Befragung der Kommunen in der Region Hochrhein-Bodensee
zu Selbstverständnis und Perspektive als Industriestandort



Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025 – Befragung der Kommunen in der Region Hochrhein-Bodensee zu Selbstverständnis und Perspektive als Industriestandort

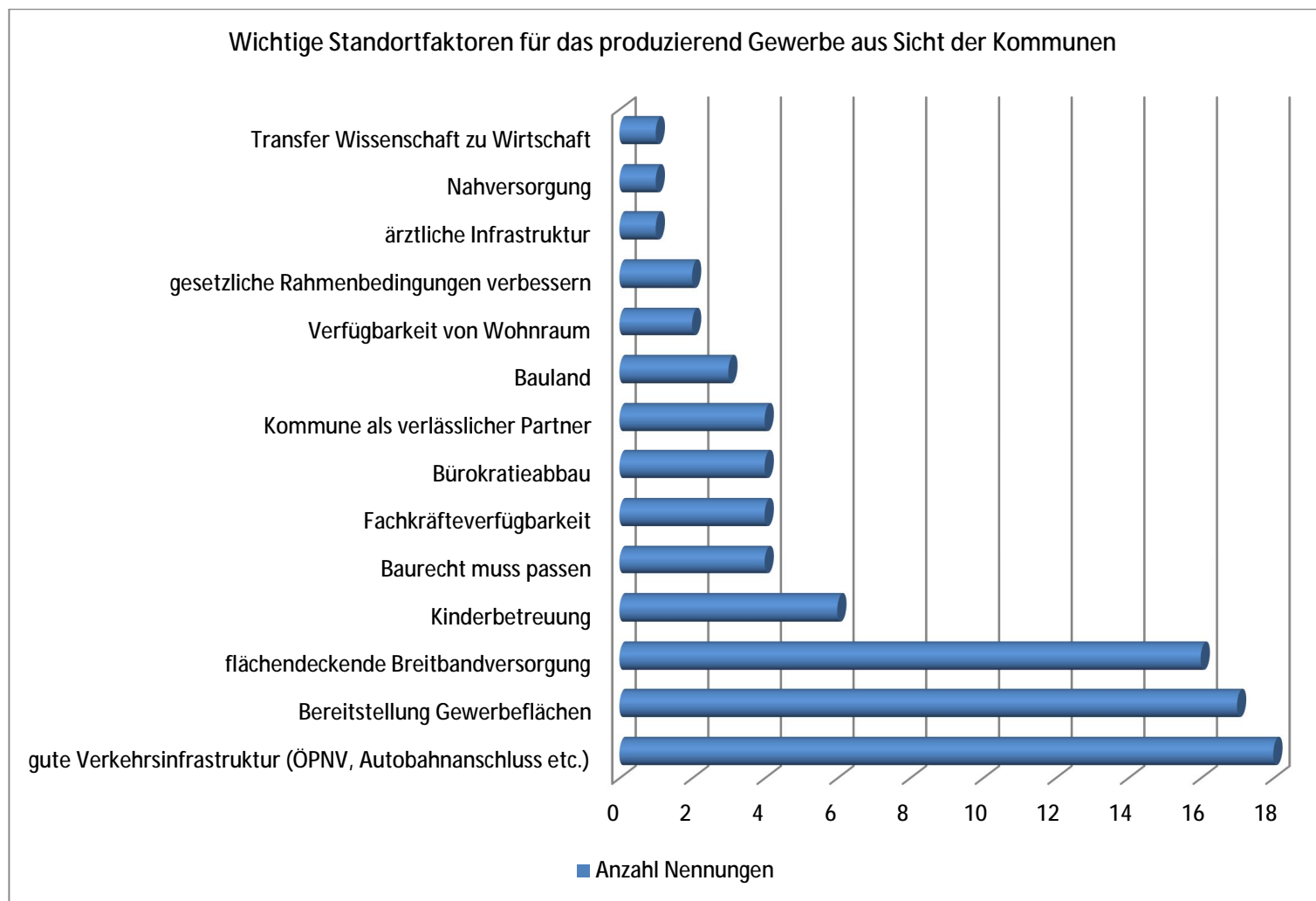
Das Land Baden-Württemberg soll Musterland für die weltweite industrielle Entwicklung sein. Deshalb hat die Landesregierung im Jahr 2015 die „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ entwickelt, eine Strategie, die als Leitfaden für die nächsten Jahre gelten soll (http://mfw.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mfw/intern/Dateien/Publikationen/Industrie_und_Innovation/Industrieperspektive_2025.pdf). Hierbei sind auch die Kommunen aufgefordert, zur Entwicklung des heimischen Produktionsstandortes beizutragen.

Diese Industrieperspektive aufgreifend hat die Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee sämtliche Kommunen in der Region Hochrhein-Bodensee befragt, ob sie sich als Produktionsstandort sehen und wie sie gegebenenfalls eine Stärkung des Standortes aktiv angehen wollen.

Alle 92 Kommunen in den Landkreisen Konstanz, Waldshut und Lörrach wurden dabei angefragt. Gemeldet hatten sich bis Jahresende 2015 insgesamt 59 Kommunen. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 64 Prozent. Unter den Nichtteilnehmern befanden sich ausschließlich kleine Kommunen, welche sich vermutlich aufgrund ihrer Beschaffenheit (kein Gewerbegebiet, keine nennenswerte Anzahl an produzierendem Gewerbe o. Ä.) zur Enthaltung entschlossen hatten.

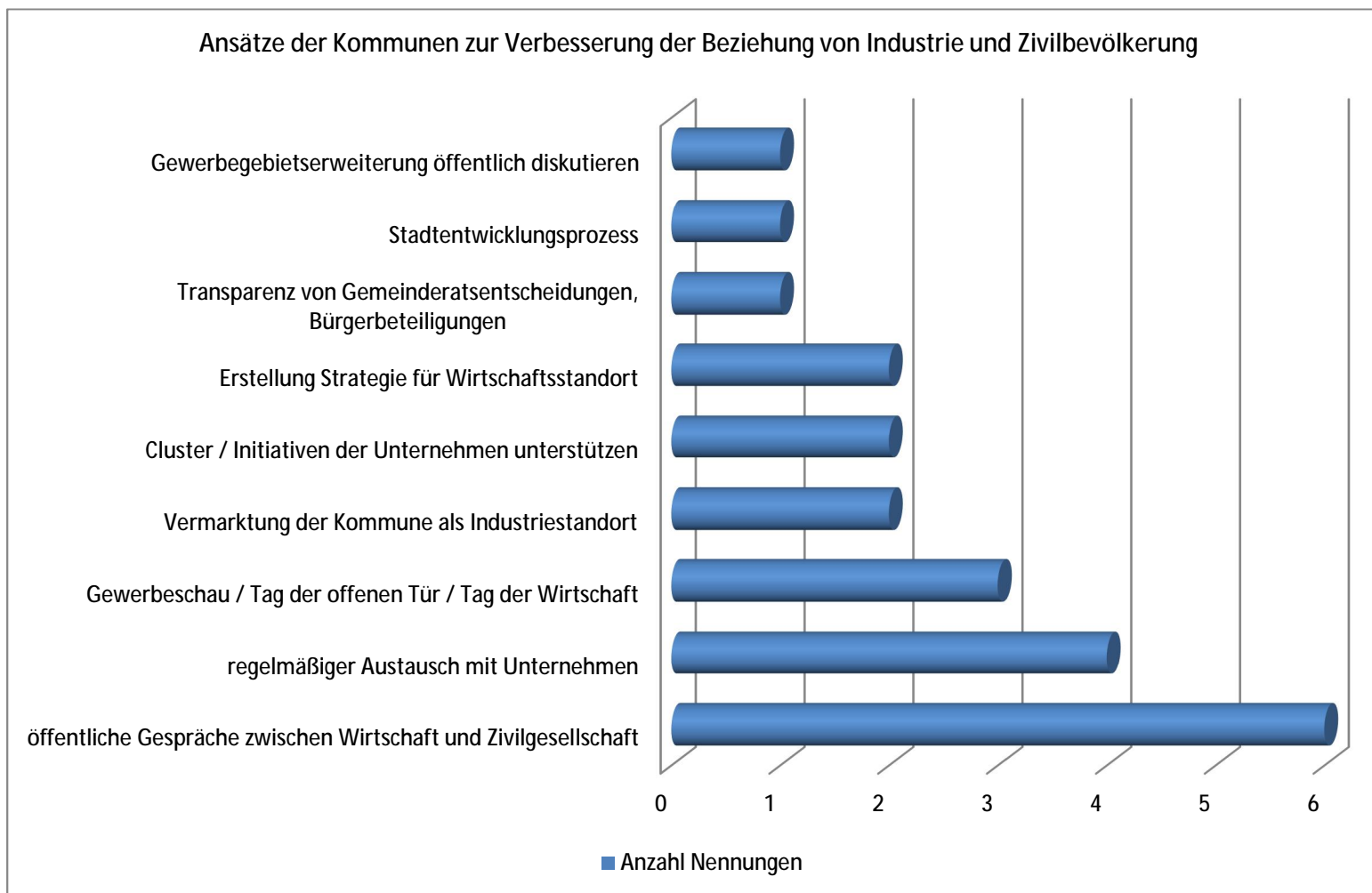
Von den teilnehmenden Kommunen sehen sich insgesamt 73 Prozent als Standort für das produzierende Gewerbe. In den Landkreisen Lörrach und Waldshut sind dies 77 bzw. 75 Prozent der Kommunen, im Landkreis Konstanz 65 Prozent. Diese möchten auch zukünftig Standort für das produzierende Gewerbe bleiben. Dass sich rund ein Viertel nicht als Produktionsstandort sieht, überrascht nicht, da aufgrund von Topografie, Lage und Historie einige Kommunen ihr Augenmerk auf Tourismus, Kurwesen oder auch Landwirtschaft richten.

Um die Produktionsbetriebe am Ort zu stärken bzw. um neue Betriebe ansiedeln zu können, ist aus Sicht der Kommunen insbesondere eine gute technische und soziale Infrastruktur wichtig, ebenso die ausreichende Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerbeflächen sowie Verbesserungen bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen und eine unternehmerfreundliche Verwaltung. Die einzelnen Nennungen finden sich in der nachfolgenden Grafik.

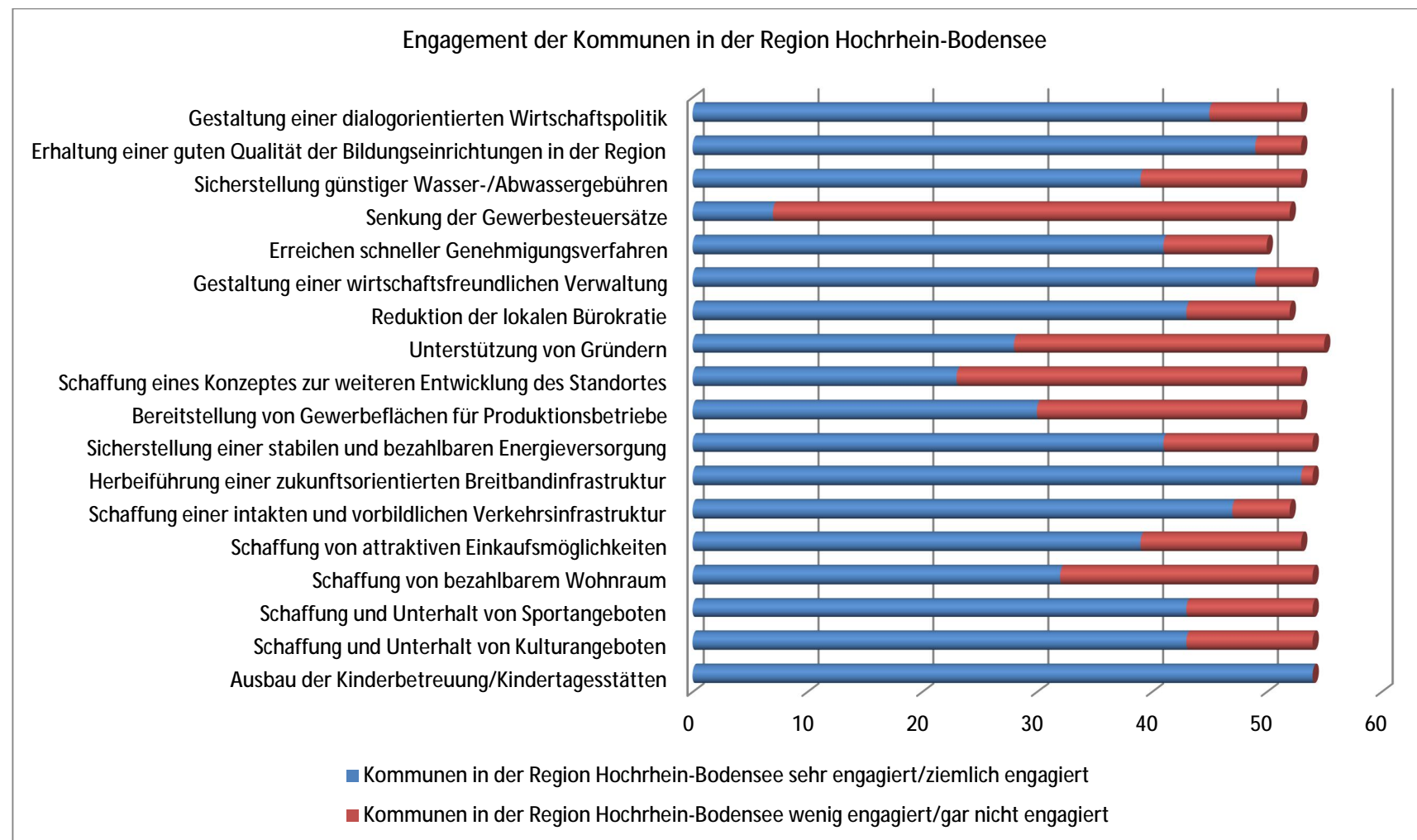


In der „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ werden die Kommunen aufgefordert, durch proaktive Kommunikation, Schaffung von Transparenz sowie eine stärkere Vermarktung der Wohlstandswirkung und des gesellschaftlichen Engagements der Industrie die Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung zu verbessern. Dieses Ziel sehen nicht alle Kommunen – auch nicht alle mit produzierendem Gewerbe am Ort – als in den nächsten Jahren verfolgenswert an. Wie wichtig eine gute Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung jedoch ist, hat sich nicht zuletzt auch im Falle einer geplanten Ansiedlung eines Entsorgungs-

betriebes in Grenzach-Wyhlen gezeigt, wo offensichtlich wurde, dass diese abhandengekommen war. Seitdem bemühen sich Kommunen, Industrievertreter, Arbeitnehmer, Bürgerinitiative und Verbände der Wirtschaft am Hochrhein im Rahmen des Netzwerkes „Chemie am Hochrhein“ darum, einen guten Austausch unter den verschiedenen Anspruchsgruppen aufrechtzuerhalten. Aus der vorliegenden Befragung geht hervor, dass insgesamt nur rund 53 Prozent der Kommunen in der Region Hochrhein-Bodensee an diesem Punkt ansetzen wollen. Ideen, um die Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung zu verbessern, gibt es dabei einige. Einen Überblick hierzu gibt die nachstehende Grafik.



Konkret spricht die Industrieperspektive des Landes drei Themenfelder an, in denen die Kommunen wesentlich zur Entwicklung des Standortes für das produzierende Gewerbe beitragen können. Dies sind die Erhöhung der Standortattraktivität im Hinblick auf Fachkräfte, die Schaffung eines attraktiven Standortes für Produktionsbetriebe und die Herausforderung, die Industrie am Ort den Bürgern nahezubringen. Auch hierzu wurden die Kommunen befragt. Wie sehr sie in diesen einzelnen Feldern aktiv sind, zeigt die untenstehende Grafik.



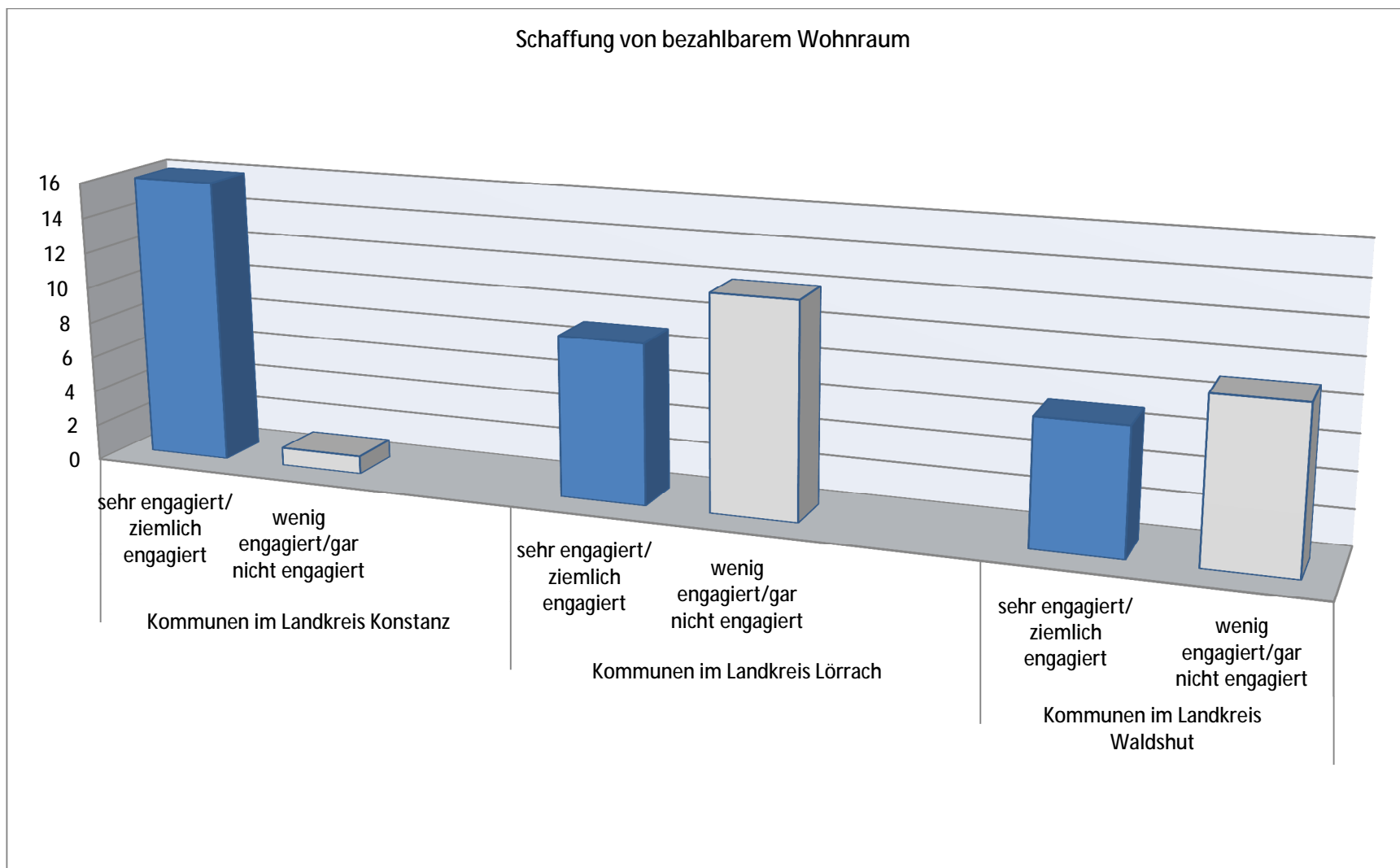
Es zeigt sich, dass einzelne Kommunen sehr engagiert sind, um ein attraktiver Standort für das produzierende Gewerbe zu sein. Die Mittel sind dabei häufig dieselben. Dennoch tun sich einige durch Kreativität und dauerhaftes Engagement besonders hervor. Selbst bei der sonst üblichen stetigen Erhöhung der Gewerbesteuersätze gibt es einzelne Kommunen die hiervon wohltuend abweichen und die Steuersätze langfristig konstant halten. Dem produzierenden Gewerbe tut solches Engagement gut!

In einigen Punkten sind sich die Kommunen einig: Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Herbeiführung einer zukunftsorientierten und flächendeckenden Breitbandinfrastruktur muss sehr engagiert verfolgt werden. Sie sind wichtige Voraussetzungen für einen attraktiven Standort. Auch die Schaffung einer intakten und vorbildlichen Verkehrsinfrastruktur, die Erhaltung einer guten Qualität der Bildungseinrichtungen in der Region sowie die Gestaltung einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung werden fast ausschließlich engagiert angegangen.

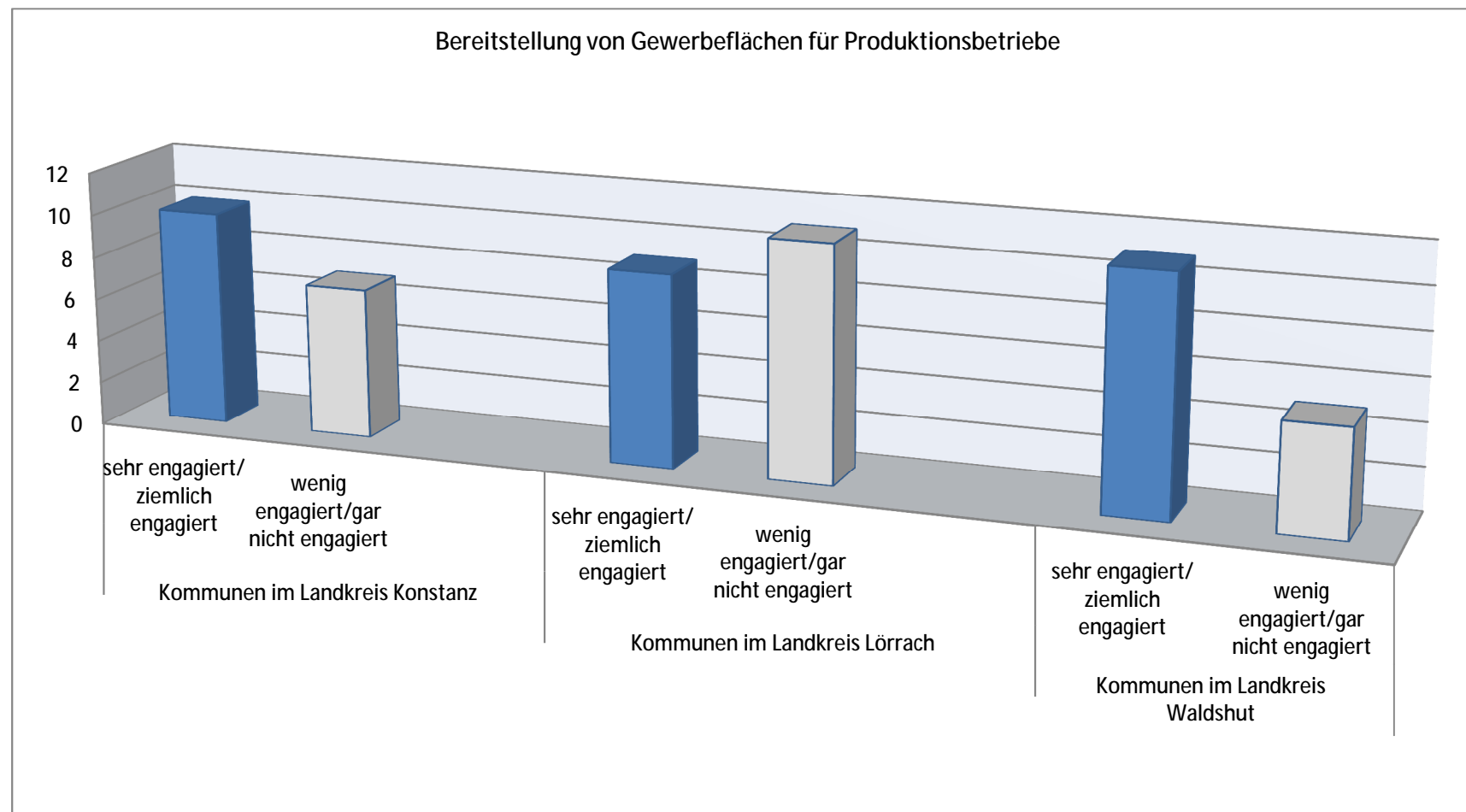
Unterschiede im Antwortverhalten der Kommunen in den drei Landkreisen gibt es dagegen in drei Themenfeldern: der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Bereitstellung von Gewerbeflächen für Produktionsbetriebe und der Schaffung eines Konzeptes zur weiteren Entwicklung des Standortes für Produktionsbetriebe.

Bezahlbarer Wohnraum ist momentan bereits in den Ballungszentren und den verkehrsgünstig gelegenen Kommunen aller drei Landkreise ein knappes Gut. Die Nachfrage wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen, da neben der anstehenden Anschlussunterbringung von Flüchtlingen auch die weitere Entwicklung der grenznahen Kantone wie der Schweiz allgemein mit dem anhaltenden Bedarf an Fachkräften/Grenzpendlern für einen weiteren Zustrom an Personen in die Landkreise sorgen wird. Eine Studie im Auftrag der IHK Hochrhein-Bodensee und des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee kam im Jahr 2014 auf einen Bedarf von 840 Hektar Bruttobauland in der Region Hochrhein-Bodensee für die Jahre 2014 bis 2030. Sehr engagiert sind – nach eigener Auskunft – bereits heute schon alle antwortenden Kommunen im Landkreis Konstanz. In den Landkreisen Lörrach und Waldshut ist dieses Engagement noch nicht bei allen Kommunen gleich groß. Ein Grund könnte sein, dass Flächen für eine weitere Wohnbebauung rar und der Erlass der Landesregierung gegen einen stärkeren Verbrauch von Flächen bisher sehr strikt ist. Aus diesen Gründen müssen die Kommunen gegenüber der Landesregierung bzw. dem Flächenerlass gemeinsam um die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und von Gewerbeflächen für Produktionsbetriebe kämpfen. Darüber hinaus sind interkommunale Kooperationen zukünftig noch wesentlich stärker einzusetzen. Ziel muss dabei sein, für die Region ein bestmögliches Ergebnis zu erreichen, nicht nur für die einzelne Kommune.

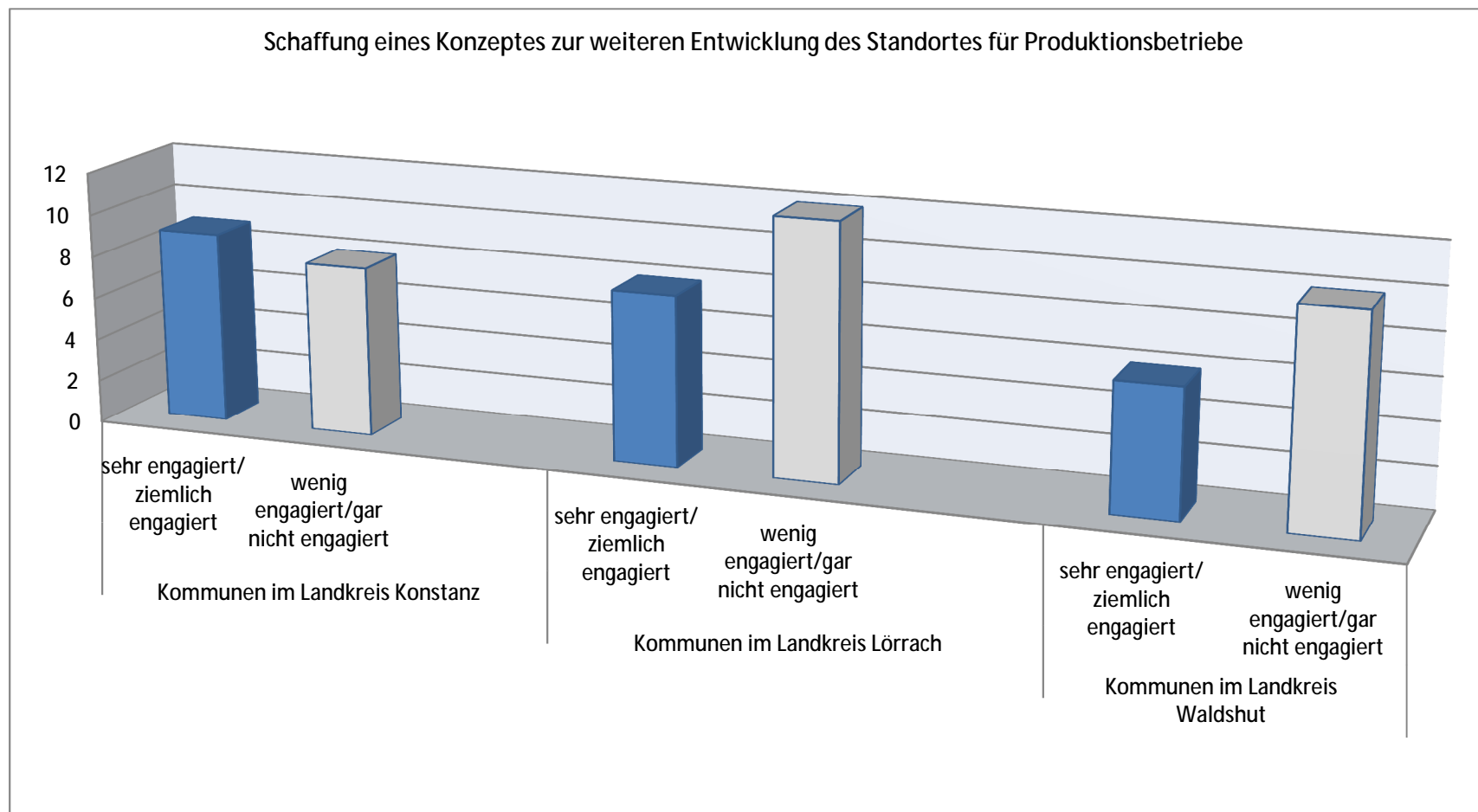
Schaffung von bezahlbarem Wohnraum



Bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen für Produktionsbetriebe tun sich die Kommunen im Landkreis Lörrach derzeit am schwersten. Das mag auch daran liegen, dass an den begehrten, verkehrstechnisch günstigen Standorten aktuell quasi keine kommunalen Flächen mehr verfügbar sind und aufgrund äußerer Gegebenheiten, die allerdings immer zu hinterfragen sind, momentan wenig Möglichkeiten für die Neuschaffung größerer Einheiten bestehen. Im Landkreis Waldshut sowie auch im Landkreis Konstanz scheinen sowohl der Wille als auch die Umsetzungsmöglichkeiten größer zu sein. Immerhin 11 von 16 Kommunen im Landkreis Waldshut und 10 von 17 Kommunen im Landkreis Konstanz engagieren sich für die Bereitstellung von Flächen für Produktionsbetriebe. Die bereits zitierte Studie im Auftrag der IHK Hochrhein-Bodensee und des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee aus dem Jahr 2014 ermittelte für die drei Landkreise einen Bedarf von 400 Hektar Gewerbe- und Industriefläche bis 2030.



Dennoch zeigt sich in allen drei Landkreisen, dass ein Konzept zur Entwicklung des Standortes für Produktionsbetriebe nicht unbedingt erste Priorität genießt. Aber gerade in dem regionalplanerischen Prozess und der Entwicklung industrieller Schwerpunktfächen könnte ein Mehrwert für die Region liegen.



Wenig überraschend ist das geringe kommunale Engagement, wenn es um die Senkung der Gewerbesteuer geht. Verständlich auf der einen Seite, müssen doch zusätzliche Errungenschaften wie die verbesserte Kinderbetreuung oder auch das Engagement im kulturellen Bereich finanziert sein. Dennoch sollte eine Steigerung der Gewerbesteuersätze nicht als natürliche Entwicklung angesehen werden, sondern gerade in konjunkturell erfreulichen Zeiten mit entsprechend

hohen Steuereinnahmen auch die Stabilität oder gar Reduktion dieser Sätze als positives Zeichen an die Unternehmen weitergegeben werden. Da dies jedenfalls momentan nicht opportun erscheint, seien gerade deshalb an dieser Stelle die Kommunen aufgeführt, die angegeben haben, die Senkung der Gewerbesteuersätze ziemlich engagiert oder gar sehr engagiert zu verfolgen: Im Landkreis Konstanz sind dies die Kommunen Büsingen und Engen, im Landkreis Lörrach Binzen, Schliengen, Wieden und in Waldshut Weilheim und Wehr.

Erfreulich ist zudem, dass sich mehr oder weniger alle teilnehmenden Kommunen dem Erreichen schneller Genehmigungsverfahren sowie der Gestaltung einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung und weniger Bürokratie verschrieben haben. Dies ist den Betrieben vor Ort eine große Hilfe, wenn es darum geht, den Standort längerfristig als Produktionsstandort zu sichern.

Die Rahmenbedingungen für international tätige Produktionsbetriebe verändern sich permanent. In der Region braucht es deshalb Standortkommunen, auf die sich die Unternehmen verlassen können und die sie unterstützen. In diesem Sinne zielt die Industrieperspektive des Landes Baden-Württemberg darauf ab, gute Standortbedingungen für Produktionsbetriebe zu schaffen bzw. zu erhalten. In der Region Hochrhein-Bodensee sind sich die Kommunen alles in allem dieser Bedeutung bewusst. Dies zeigen die Ergebnisse der Umfrage deutlich. Der Grundstein für ein weiteres gutes Miteinander scheint gegeben zu sein. Das wird aber nicht genügen, denn der Wettbewerb der Wirtschaftsregionen verlangt eine stetige Verbesserung der Standortrahmenbedingungen, die in der Region Hochrhein-Bodensee insbesondere die Flächenverfügbarkeit und die Breitbandinfrastruktur betreffen wird.

Anlage: Fragebogen

Industrie- und Handelskammer
Hochrhein-Bodensee
E.-Fr.-Gottschalk-Weg 1
79650 Schopfheim

Gemeinde «Ort»

Ansprechpartner/-in

Name	
Telefon	
E-Mail	

Telefax 07622 3907-251
E-Mail alexander.graf@konstanz.ihk.de

Die Landesregierung Baden-Württemberg bekennt sich in ihrer „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ zum Industriestandort Baden-Württemberg und möchte diesen weiter voranbringen.

A. Sieht sich Ihre Kommune als Standort für das produzierende Gewerbe?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
--	--

B. Möchte Ihre Kommune zukünftig ein guter Standort für das produzierende Gewerbe sein?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--

Falls ja, was ist aus Ihrer Sicht wichtig, um Produktionsbetriebe am Ort zu stärken bzw. anzusiedeln?

In der „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ werden die Kommunen aufgefordert, durch proaktive Kommunikation, Schaffung von Transparenz sowie eine stärkere Vermarktung der Standortwirkung und des gesellschaftlichen Engagements der Industrie die Beziehung zwischen Industrie und Bevölkerung zu verbessern.

C. Ist dies ein Ziel, welches Ihre Kommune in den kommenden Jahren verfolgen wird?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
--	--

Falls ja, welche konkreten Ansätze verfolgen Sie hierbei?

Bitte wenden

Die Industrieperspektive des Landes spricht drei Themenfelder an, in denen die Kommunen wesentlich zur Entwicklung des Standortes für das produzierende Gewerbe beitragen können. Dies sind die Erhöhung der Standortattraktivität im Hinblick auf Fachkräfte, die Schaffung eines attraktiven Standortes für Produktionsbetriebe und die Herausforderung, die Industrie am Ort den Bürgern nahezubringen.

D. Wie sehr ist Ihre Kommune in folgenden Themen engagiert?	sehr engagiert	ziemlich engagiert	wenig engagiert	gar nicht engagiert
1. Ausbau der Kinderbetreuung/Kindertagesstätten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Schaffung und Unterhalt von Kulturangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Schaffung und Unterhalt von Sportangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Schaffung von attraktiven Einkaufsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Schaffung einer intakten und vorbildlichen Verkehrsinfrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Herbeiführung einer zukunftsorientierten und flächendeckenden Breitbandinfrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Sicherstellung einer stabilen und bezahlbaren Energieversorgung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Bereitstellung von Gewerbeflächen für Produktionsbetriebe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Schaffung eines Konzeptes zur weiteren Entwicklung des Standortes für Produktionsbetriebe (ggf. inkl. Hochwassermanagement)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Unterstützung von Gründern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. Reduktion der lokalen Bürokratie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Gestaltung einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Erreichen schneller Genehmigungsverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15. Senkung der Gewerbesteuersätze	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Sicherstellung günstiger Wasser-/Abwassergebühren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Erhaltung einer guten Qualität der Bildungseinrichtungen in der Region	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18. Gestaltung einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee (IHK)

Schützenstrasse 8
78462 Konstanz

E.-Fr.-Gottschalk-Weg 1
79650 Schopfheim

Dr. Alexander Graf

Schopfheim, 15. Februar 2016
AG-he

© IHK Hochrhein-Bodensee